

11
80

Union in Deutschland

Bonn, den 19. März 1980

Baden-Württemberg

Wieder eine sichere Mehrheit

Wir haben in Baden-Württemberg am 16. März mit Lothar Späth und der CDU Baden-Württembergs ein sehr gutes Wahlergebnis erreicht. Es ist das zweithöchste Wahlergebnis für die Union seit Bestehen des Landes. Und es ist ein Wahlergebnis — und darin liegt eine ganz besondere, bedeutende Leistung — das Lothar Späth nach nur anderthalbjähriger Amtszeit erreichen konnte.

Dies stellte Helmut Kohl nach der Sitzung des Bundesvorstandes am 17. März in Bonn vor der Presse fest und fügte hinzu: die CDU Baden-Württembergs stand allein gegen alle übrigen politischen Gruppierungen. Sie hat auch allein diesem Ansturm standhalten müssen, und sie hat in dem Bundesland der Bundesrepublik Deutschland mit dem höchsten Anteil an Industriearbeiterschaft erneut eine sehr sichere absolute Mehrheit gewonnen. Ich glaube, dies ist auch für die anderen Bereiche der Bundesrepublik von großer Bedeutung. Das gilt auch — sozusagen als Beleg für das eben Gesagte — für das miserable Abschneiden der Sozialdemokraten, die in diesem Industrieland Baden-Württemberg mit 32,5 % ein mehr als klägliches Ergebnis zu verzeichnen haben

(Weiter auf Seite 2)

■ BUNDES- VORSTAND

**Wegner fällt der NATO
in den Rücken**

Seite 3

■ WAHLEN

**Erste Auswertung
des Wahlergebnisses:
Wahlziel klar erreicht**

Seite 4

**Wahlsonderdienst mit den Einzel-
ergebnissen sämtlicher
Wahlkreise**

gelber Teil

■ FINANZEN

**Staatsschulden so hoch
wie nie**

Seite 7

■ INFORMATION

**Franz Josef Strauß stärkte
das westliche Bündnis**

Seite 9

■ NATIONAL- STIFTUNG

**Beschlüsse von SPD und FDP
schaden vor allem Berlin**

Seite 12

■ VERMÖGENS- POLITIK

**Ein Begräbnis
erster Klasse**

Seite 13

■ SPORT

**CDU sollte sich verstärkt
um Belange der Vereine
kümmern**

Seite 14

■ DOKUMENTATION

**Bevölkerungsentwicklung —
Generationenvertrag**

grüner Teil

Für die Union ist, wie natürlich für alle Parteien, das Abschneiden der Grünen von großem Interesse. Es wird die Frage gestellt, ob dieses Auftreten der Grünen in einem großen Flächenland und ihr Vordringen in den Landtag die politische Landschaft verändern könnte. Ich bin durchaus der Meinung, daß dies möglich ist. Ob es so sein wird, hängt vom Ablauf der nächsten Monate ab. Es ist unübersehbar, daß das Lager der Grünen, das sich ja aus einem sehr vielschichtigen Bereich zusammensetzt, nach diesem Abschneiden motiviert wird und daß das Auswirkungen haben wird auf das Wahlkampfgeschehen — dies sage ich voraus — an der Saar und in Nordrhein-Westfalen.

Wir waren uns im Bundesvorstand einig, daß die Wahl in Baden-Württemberg vor allem unter dem Gesichtspunkt der Landespolitik zu sehen ist, bei der insbesondere die Persönlichkeit Lothar Späths bei der Wahlentscheidung eine wichtige und bedeutende Rolle gespielt hat. Vergleiche zu anderen Wahlen, insbesondere zur Bundestagswahl, halte ich deswegen für ganz und gar problematisch, vor allem auch, wenn ich noch einmal auf den Unterschied der Wahlbeteiligung hinweisen darf: Am Sonntag haben in Baden-Württemberg 72,1 % der Wahlberechtigten gewählt. Im gleichen Baden-Württemberg betrug im Oktober 1976 die Wahlbeteiligung 89 %.

Ministerpräsident Lothar Späth gab folgende Ergänzungen aus der Sicht Baden-Württembergs: Ich glaube, man muß folgende Gesichtspunkte bei diesem Wahlergebnis mit in Betracht ziehen. Zunächst einmal, wenn wir sagen, allein gegen alle gekämpft, dann heißt dies auch, daß wir beispielsweise noch vier Wochen vor der Wahl unser Energieprogramm öffentlich vorgelegt haben, d. h. wir haben uns ganz klar dazu bekannt, drei Kernkraftwerke in Baden-Württemberg zu bauen und die Standorte angegeben.

Dies hat zum Beispiel bedeutet, daß wir im gesamten Umfeld des geplanten Standorts Wyhl mit 6 % Stimmenverlust „eingebrochen“ sind, also im gesamten Raum Freiburg. Und dort sind auch die höchsten Ergebnisse der Grünen, was deutlich zeigt, daß wir dort natürlich Stimmen verloren haben. Aber als ich dort erklärt habe, wir werden Wyhl bauen, wußte ich genau, daß es eine ganze Reihe von CDU-Leuten gibt, die so prinzipiell gegen Kernkraftwerke und gegen dieses Kernkraftwerk sind, daß ich damit rechnen mußte, daß uns dies Stimmen kostet.

Der zweite Punkt ist: Wir haben alle anderen unangenehmen Entscheidungen ebenfalls vor der Wahl getroffen. Beispielsweise die über den Ausbau des Flughafens Stuttgart, was ziemliche Turbulenzen verursacht hat. Und wir hatten immer Gegner, die es uns dabei nicht leicht gemacht haben, einfach deshalb, weil Herr Eppler jeweils auf der grünen Seite stand und gleichzeitig Herr Schmidt eine völlig andere Position bezog. Sie konnten also dem Wähler immer offenlassen, er kann für die SPD stimmen für Kernkraft, nämlich mit Schmidt — das waren auch die letzten Anzeigen der SPD — und er konnte mit Eppler gegen die Kernkraft sein.

Er konnte auch bei der FDP „im Prinzip“ für Kernkraft stimmen, gleichzeitig hat die FDP aber immer in Wyhl gesagt, sie wird dieses Kernkraftwerk keinesfalls bauen. Was sie wirklich tun wird, bleibt offen. Insoweit meine ich schon, daß diese Position uns zwar etwas gekostet hat, aber ich brauche nach der Wahl nichts anderes als vor der Wahl zu erklären. Dies scheint mit ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Beurteilung des Wahlergebnisses zu sein.

Wehner fällt NATO in den Rücken

Zur strikten Ablehnung der Stationierung von nuklearen Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik Deutschland durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner erklärte Helmut Kohl am 17. März 1980 vor dem Bundesvorstand der CDU in Bonn:

Die NATO hat am 12. Dezember 1979 mit der Zustimmung der Bundesregierung klare Beschlüsse über die Produktion und Stationierung von atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa gefaßt. Sie hat gleichzeitig den Warschauer-Pakt-Staaten konkrete Verhandlungsangebote für Abrüstung und Rüstungskontrolle unterbreitet.

Das war die gemeinsame Antwort der NATO-Staaten auf die forcierte sowjetische Aufrüstung in den letzten zehn Jahren, die sowohl das weltweite Gleichgewicht wie das Kräfteverhältnis in Europa und damit den Frieden gefährdet. Das Verhandlungsangebot war der überzeugende Beweis dafür, daß die NATO kein Wettrüsten will, sondern ein Gleichgewicht auf einer niedrigeren Stufe anstrebt.

Die Richtigkeit beziehungsweise Notwendigkeit dieser NATO-Beschlüsse ist durch die sowjetische Aggression gegen Afghanistan nur zwei Wochen später bestätigt worden. Der deutsche Außenminister hat darauf öffentlich aufmerksam gemacht.

Darüber hinaus hat die Sowjetunion bis heute mehrfach das Verhandlungsangebot der NATO über Abrüstung und Rüstungskontrolle entschieden abgelehnt und die Aussetzung der NATO-Beschlüsse über die Mittelstreckenwaffen gefordert.

Während also die Sowjetunion neue Bedingungen stellt und Generalsekretär Breschnew sie noch in der letzten Woche in seinem Brief an den Bundeskanzler einfordert und damit unmißverständlich deutlich werden läßt, daß die Sowjetunion an ihrer Politik der Aufrüstung, Aggression und der Friedensgefährdung festhält, in diesem Augenblick stellt Herbert Wehner die NATO-Beschlüsse öffentlich in Frage.

Herbert Wehner fällt damit dem ganzen westlichen Bündnis in den Rücken. Er stellt sich nicht nur gegen die Beschlüsse der NATO, sondern gegen die erklärte Politik der Bundesregierung.

Herbert Wehner liefert der Sowjetunion in dem Augenblick politische Entlastung, in dem die sowjetische Führung selbst dabei ist, die Voraussetzungen für eine Politik des Friedens, der Entspannung und Abrüstung zu zerstören.

Die CDU fordert deshalb den Bundeskanzler und den Außenminister als Vorsitzenden der FDP auf, deutlich zu machen, ob die Bundesregierung auch zukünftig ihre Politik auf der Grundlage der NATO-Beschlüsse vom 12. Dezember 1979 fortsetzen will oder ob sie Herrn Wehner folgen will.

■ LANDTAGSWAHL BADEN-WÜRTTEMBERG

Die CDU hat mit Lothar Späth ihr Wahlziel klar erreicht

In einer ersten Auswertung des Wahlergebnisses vom 16. März 1980 kommt die Abteilung Analysen der CDU-Bundesgeschäftsstelle zu folgenden Resultaten:

Die CDU hat in Baden-Württemberg ihr Wahlziel erreicht: Bei einer Wahlbeteiligung von 72,1 % erzielte sie mit 53,4 % der Stimmen und 68 Sitzen die absolute Mehrheit der Stimmen und der Mandate und damit das zweitbeste Wahlergebnis in Baden-Württemberg seit 1949.

Zwar sind gegenüber dem herausragenden Ergebnis der Landtagswahl 1976 — wie nicht anders zu erwarten — leichte Verluste zu verzeichnen, doch konnte die CDU ihr Ergebnis deutlich oberhalb der 50 %-Marke stabilisieren. Sie war damit noch erfolgreicher als bei der Europawahl 1979 oder bei der Bundestagswahl 1976.

Anders die SPD: Sie konnte — ähnlich wie in Bayern — ihre „Ghetto-Situation“ knapp oberhalb von 30 % nicht nur nicht verbessern, sie mußte vielmehr unter ihrem Kandidaten Eppler Verluste von knapp einem Prozent (—0,8) hinnehmen. Bei 32,5 % (40 Mandate) blieb diesmal der Zeiger für die SPD stehen.

Die FDP erzielte 8,3 % der Stimmen und konnte sich damit — nach jahrelanger Talfahrt (von 18,0 % auf 7,8 %) — um 0,5 Punkte gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl geringfügig verbessern. Sie wird mit 10 Abgeordnete-

ten im Parlament vertreten sein. Mit diesem Ergebnis blieb sie aber noch unter dem Resultat der Bundestagswahl 1976 (9,1 %).

Vor der Wahl stellte sich die Frage: Schaffen die „Grünen“ in einem Flächenstaat den Sprung über die 5 %-Hürde? Schon bei der Europawahl 1979 konnte die grüne Liste mit 4,5 % der Stimmen ein beachtliches Resultat vorweisen, so daß deren aktueller Wahlerfolg mit 5,3 % nicht allzu überraschend kam. Sie werden mit 6 Abgeordneten in den Stuttgarter Landtag einziehen.

Obwohl nicht überraschend, wird der Wahlerfolg der „Grünen“ Anlaß zum Nachdenken geben: Wie erste Analysen — übereinstimmend mit den Ergebnissen aus anderen Bundesländern — zeigen, haben vor allem SPD und FDP Stimmen an die „Grünen“ abgegeben. Verluste, die allerdings im „Ringtausch“ mit der CDU zum Teil kompensiert werden konnten. Trotz Eppler konnte die SPD ihre „Grünen“ nicht halten. Strukturanalysen zeigen aber auch, daß es besonders junge Menschen und Wähler mit höheren Bildungsabschlüssen sind, die den herkömmlichen Parteien verlorengehen.

Eine Frage, die häufig gestellt wird: Welche Schlüsse kann man aus dem Ergebnis von Baden-Württemberg ziehen?

Zuerst die Fakten: Mit 51,2 % der Stimmen (ohne Berlin) erreichte die Union im Durchschnitt der letzten acht Land-

tagswahlen die absolute Mehrheit. Damit liegt sie noch 0,8 Punkte besser als 1976, allerdings 2,2 Punkte unter dem Ergebnis von 1974/75/76. Die „Grünen“ und „Alternativen“ konnten im Durchschnitt der acht Länder 3,0 % der Stimmen auf sich vereinigen.

Dabei darf man nicht vergessen, unter welch besonders günstigen allgemein-

politischen Verhältnissen die Wahlen in den Ländern 1974 bis 1976 stattfanden (Brandt-Rücktritt, Terrorismus, schlechte Einschätzung der Wirtschaftslage, schlechte Beurteilung der Bundesregierung). Heute ist die allgemeine Lage eher umgekehrt. Und dennoch schneidet die Union sehr gut ab, erheblich besser als 1972.

Wahlergebnisse im 8-Länder-Durchschnitt¹⁾

| | LTW 1978—80 | BTW 1976 | LTW 1974—76 | LTW 1978—80 BTW 1976 %-Punkte | LTW 1978—80 LTW 1974—76 %-Punkte |
|------------------------------|----------------|----------|----------------|--|--|
| CDU bzw. CSU | 51,2 | 50,4 | 53,4 | 0,8 | — 2,2 |
| SPD | 38,4 | 40,6 | 37,5 | — 2,2 | 0,9 |
| FDP | 6,3 | 8,0 | 6,9 | — 1,7 | — 0,6 |
| Sonstige²⁾ | 4,1 | 0,9 | 2,1 | 3,2 | 2,0 |

¹⁾ Aggregierte Ergebnisse der Wahlen in Hamburg, Niedersachsen, Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Bremen und Baden-Württemberg (ohne Berlin).

²⁾ „Grüne“ und „Alternative“ erreichten bei den Landtagswahlen 1978—80 zusammen 3,0 %.

Aber noch etwas fällt auf:

Oft wird gesagt, generell habe die Bundes-Opposition bei Landtagswahlen Vorteile gegenüber den in Bonn regierenden Parteien, was sich im besseren Abschneiden im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl zeige. Die

Wahlergebnisse bestätigen diese Annahme. Setzt man jedoch die Landtagswahlergebnisse einer Legislaturperiode nicht — wie das meist geschieht — in Beziehung zur vorangegangenen Bundestagswahl, sondern zur nachfolgenden, dann zeigt sich gerade für die CDU/CSU ein interessanter Trend:

CDU/CSU-Ergebnisse¹⁾

| Legislaturperiode | Bundestagswahl am Ende der Periode | Landtagswahlen in der Periode | Differenz Bundes- tagswahl — Land- tagswahl |
|-------------------|---------------------------------------|----------------------------------|---|
| 1949—1953 | 45,2 | 26,7 | + 18,5 |
| 1953—1957 | 50,2 | 35,7 | + 14,5 |
| 1957—1961 | 45,3 | 42,5 | + 2,8 |
| 1961—1965 | 47,6 | 42,6 | + 5,0 |
| 1965—1969 | 46,1 | 42,0 | + 4,1 |
| 1969—1972 | 44,9 | 48,3 | — 3,4 |
| 1972—1976 | 48,6 | 51,4 | — 2,8 |

¹⁾ Ergebnisse jeweils ohne Berlin (10-Länder-Durchschnitt), in Fettdruck ist das Jahr der Bundestagswahl, deren Wahlergebnis in der Zeile aufgeführt ist.

Man sieht deutlich das Plus, das die Union bis 1969 bei Bundestagswahlen gegenüber vorangegangenen Landtagswahlen erzielen konnte. Nach 1969 wurde aus dem Plus ein Minus, d. h. die Union erzielte in der Summe der Landtagswahlen höhere Stimmenanteile als bei der darauffolgenden Bundestagswahl.

Aber noch interessanter ist der für die Union deutlich werdende Trend: Betrug in der Legislaturperiode 1949—53 die absolute Differenz zwischen Landtags- und Bundestagswahlergebnissen der Union noch 18,5 Prozentpunkte, so waren es im Zeitraum 1972—76 nur noch 2,8 Punkte. Es scheint, als habe sich der sog. „Oppositionseffekt“ seit 1949 stark reduziert.

Das würde aber bedeuten, daß sich das Bundestagswahlergebnis der Union nicht mehr sehr stark vom Durchschnittsergebnis aller Landtagswahlen (1978/79/80) unterscheiden würde.

Man kann zwar aus dem Ergebnis der Landtagswahl von Baden-Württemberg keine Rückschlüsse auf den Ausgang der Bundestagswahl im Oktober ziehen, man kann allerdings ein interessantes Rechenbeispiel aufstellen.

Berechnet man unter Berücksichtigung des o. g. Trends auf der Basis des Wahlergebnisses von Baden-Württemberg ein fiktives Bundesergebnis, dann liegt das Resultat zur Zeit knapp unter 48 %. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt man, wenn man die internen Strukturen von breit angelegten Repräsentativuntersuchungen (4 000 Fälle) auf das CDU-Ergebnis in Baden-Württemberg hochrechnet. Das ist eine gute Ausgangslage zu Beginn des Wahlkampfs.

Das im Vergleich zur Bundestagswahl 1976 geringere Ergebnis gewinnt an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß mit

dem Auftreten der „Grünen“ die politische Landschaft der Bundesrepublik Deutschland verändert wurde. Alle Umfragen deuten darauf hin — und nach den Wahlerfolgen der „Grünen“ in Bremen und Baden-Württemberg scheint das plausibel —, daß die „Grünen Listen“ ein auch nach Afghanistan stabiles Wählerpotential zwischen 4 und 5 Prozent ansprechen.

Der Effekt zeigte sich zuerst in Schleswig-Holstein: Dort konnte die CDU mit 48,3 % der Stimmen die absolute Mehrheit der Mandate erringen. Allgemein gilt: Das Auftreten der Umweltschützer senkt — bleiben sie unter der 5 %-Hürde — allgemein die Meßlatte für absolute Mehrheiten: Bei einem Stimmenanteil von 4,5 % für die „Grünen“ und 1 % für „sonstige“ Parteien reichen etwas mehr als 47 % für die absolute Mehrheit der Mandate.

Im Herbst dieses Jahres wird die Serie der Wahlen mit der Bundestagswahl beendet. Die Positionen, die sich die Union für diese Entscheidung bisher aufgebaut hat, sind gut. Ein positiver Trend seit 1972 läßt den Wahlsieg nicht unerreichbar erscheinen: Mit 48,6 % bei der Bundestagswahl 1976 und 49,2 % bei der Europawahl blieb die Union nur knapp unter der 50 %-Marke.

Wären 1976 „sonstige“ Parteien in dem Umfang wie bei der Europawahl gewählt worden, hätte auch das damalige Ergebnis der Union schon zur absoluten Mehrheit der Mandate im Bundestag gereicht.

Die SPD, die von 1953 bis 1972 bei allen Bundestagswahlen ihren Anteil vergrößern konnte, hat 1976 und 1979 wieder Stimmen verloren: 1976 blieb sie um 3,2 Punkte unter ihrem Höchstwert von 1972, 1979 lag sie sogar 5,0 Punkte darunter.

■ FINANZEN

Staatsschulden so hoch wie nie

Die Staatsschulden kosten den deutschen Steuerzahler in diesem Jahr rund 28,5 Milliarden Mark allein an Zinsen. Bund, Länder und Gemeinden stehen Ende 1980 voraussichtlich vor dem bisher höchsten Schuldenberg von rund 450 Milliarden Mark gegenüber 405,5 Milliarden am Ende des vergangenen Jahres.

Allein der Bund muß in diesem Jahr, wie aus der Antwort des Finanzministeriums auf die Anfrage der CDU/CSU-Opposition zur Verschuldung hervorgeht, 13,5 Milliarden Mark für Zinsen und 25,1 Milliarden für Tilgungen früherer Kreditaufnahmen aufwenden. In den folgenden Jahren steigt der Schuldendienst (Zinsen und Tilgungen) auf 47,5 Milliarden Mark 1981 und auf 56,2 Milliarden Mark 1982 und übertrifft damit beispielsweise die voraussichtlichen Ausgaben für Verteidigung.

Aus der Antwort Matthöfers folgt, so der finanzpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, MdB Hansjörg Häfele, daß die Verniedlichung der Probleme der öffentlichen Verschuldung nicht weiter zu verantworten ist. Der Bundesfinanzminister sollte aufhören so zu tun, als sei die abenteuerliche Staatsverschuldung die richtige Beschäftigungspolitik. Infolge des sprunghaft anwachsenden Schuldendienstes wird die Möglichkeit des Staates, wirkliche Zukunftsausgaben zu finanzieren, schon jetzt immer mehr eingeschränkt.

Der Kapitalmarkt und damit die Wirt-

schaft leiden immer mehr unter dem Verdrängungswettbewerb durch den Staat. Die Bundesbank hat recht, wenn sie in ihrem Dezember-Bericht 1979 vor der Gefahr warnt, „daß entweder der finanzielle Spielraum für das Wachstum der Investitionen eingeengt wird oder daß weitere inflatorische Impulse entstehen“. Die Staatsverschuldung wird entgegen der Behauptung des Bundesfinanzministers zur Investitions-, Wirtschafts- und Beschäftigungsbremse.

Ende dieses Jahres wird sich der Gesamtschuldenstand des Staates auf 450 Mrd. DM belaufen, davon entfällt die Hälfte auf den Bund. 1983 werden es bereits 555 Mrd. DM sein, wenn nicht eine neue Regierung den erforderlichen Kurswechsel vornimmt.

Wie bei anderen von ihr zu verantwortenden Fehlentwicklungen versucht die Bundesregierung, auch den Rekordschuldenstand mit dem Hinweis auf eine angeblich günstige Position im internationalen Vergleich zu entschuldigen. Dabei verschweigt sie jedoch, daß der Währungsschnitt von 1948 für die Bundesrepublik eine ganz andere Ausgangslage geschaffen hatte und daß sich der Anteil unserer öffentlichen Verschuldung am Bruttosozialprodukt allein in den letzten fünf Jahren in rasantem Tempo von 20 v. H. um 10 Prozentpunkte auf 30 v. H., also um die Hälfte, erhöht hat.

Wie sehr die Regierung schon die Gefangene ihrer eigenen Schuldenpolitik geworden ist, zeigen die Angaben über

die Entwicklung der Zins- und Tilgungsverpflichtungen sowie der Bruttokreditaufnahme des Bundes in den nächsten Jahren:

| | 1980 | 1981 — in Mrd. DM — | 1982 | 1983 |
|---|------|------------------------|------|------|
| Zinsen | 13,5 | 16,9 | 19,4 | 21,6 |
| Tilgungen | 25,1 | 30,6 | 36,8 | 35,3 |
| Schuldendienst (Zinsen und Tilgungen) | 38,6 | 47,5 | 56,2 | 56,9 |
| Neuverschuldung | 24,2 | 27,2 | 23,0 | 21,2 |
| Bruttokreditaufnahme (Tilgungen und Neuverschuldung) | 49,3 | 57,8 | 59,8 | 56,5 |

Schon in diesem Jahr muß allein der Bund fast 39 Mrd. DM für den Schuldendienst aufwenden und bereits 1982 werden es über 56 Mrd. DM sein. Das ist mehr als jeder Einzelposten im Bundeshaushalt, mehr als der Sozialhaushalt und mehr als der Verteidigungshaushalt. Die Neuverschuldung wird schon 1983 nicht mehr ausreichen, die Zinsverpflichtungen zu finanzieren. Die Zinsausgaben weisen bereits jetzt die höchsten Steigerungsraten auf. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben, der 1973 erst bei 3 v. H. lag, wird 1983 9 v. H. betragen, so daß dann schon fast jede zehnte Mark im Haushalt für die Zinsverpflichtungen ausgegeben werden muß.

Dabei werden die den Ansätzen zugrunde liegenden Annahmen über die Zinshöhe den heutigen Verhältnissen am Kapitalmarkt noch nicht einmal gerecht. Ein um ein Prozent höherer Zinssatz bedeutet für den Bund ein Haushaltsrisiko von überschlägig gerechnet 500 Mio. DM im Jahr.

Die Antwort der Regierung berücksichtigt noch nicht die aus der jüngsten internationalen Entwicklung auf uns zukommenden Mehrbelastungen und die Veränderungen aufgrund der Steuerent-

lastungspläne. Um so mehr bedarf die verheerende Schuldenpolitik der Regierung einer Korrektur.

Noch ein Milliardenloch?

Zu den neuen Steuerschätzungen erklärt der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, MdB Heinrich Windelen: Schon eine geringfügige Rücknahme der der Steuerschätzung zugrunde gelegten Wachstumsannahmen um noch nicht einmal einen halben Prozentpunkt führt dazu, daß die Steuerschätzung für 1980 um 2,1 Mrd. DM bei den gesamten Steuereinnahmen des Staates, darunter beim Bund um 1,5 Mrd. DM, niedriger ausfällt. Dabei sind die zusätzlichen Steuermindereinnahmen von ca. 1 Mrd. DM insgesamt und gut 0,4 Mrd. DM beim Bund noch nicht einmal berücksichtigt, die sich bereits 1980 ergeben werden, wenn, wie es Opposition und Regierung vorschlagen, der Weihnachtsfreibetrag schon 1980 heraufgesetzt wird.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert die Regierung auf, die geringeren Steuereinnahmeerwartungen für den Bund im Nachtragshaushalt 1980, den die Regierung Anfang Mai vorlegen will, zu berücksichtigen.

■ INFORMATION

Franz Josef Strauß stärkte das westliche Bündnis

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mit Nachdruck die Ergebnisse der Gespräche von Franz Josef Strauß mit US-Präsident Carter und den maßgeblichen Mitgliedern seiner Regierung begrüßt. Diese USA-Reise war nicht nur für die Union und ihren Kanzlerkandidaten ein voller Erfolg, sondern auch für die Festigung des Vertrauens der Vereinigten Staaten von Amerika in den deutschen Bündnispartner. Washington weiß nun mit völliger Klarheit, wie entscheidend schon jetzt die Einwirkung der CDU/CSU-Opposition auf die Bonner Außen- und Sicherheitspolitik ist und wie geschlossen eine unionsgeführte Bundesregierung Strauß gegenüber Freund und Gegner auftreten könnte. Wer an diesen elementaren Tatsachen aus innenpolitischem Neid herummäkelt, leistet den deutsch-amerikanischen Beziehungen einen Bärendienst, stellt hierzu MdB Mertes fest. Wer aus außenpolitischer Verantwortung für unser Land eine breite parlamentarische Basis zugunsten einer kraftvollen Sicherung des Friedens und unserer Freiheit will, muß das Ergebnis der Strauß-Reise begrüßen.

Kohl und Geißler führen die CDU-Liste in Rheinland-Pfalz

Helmut Kohl wird die rheinland-pfälzische Landesliste bei der Bundestagswahl anführen. Dies beschloß die Landesvertreterversammlung der CDU von

Rheinland-Pfalz mit 291 von 293 Stimmen. Ebenso geschlossen nominierten die Delegierten bei nur sechs Gegenstimmen den im Wahlkreis Landau direkt kandidierenden Generalsekretär Heiner Geißler für den Listenplatz 2. Der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Bernhard Vogel, versicherte, daß die rheinland-pfälzische CDU mit der gleichen Anstrengung, mit der sie 1976 an der Seite von Helmut Kohl gekämpft habe, sich diesmal mit Franz Josef Strauß für den Wahlsieg der Union einsetzen werde. Vogel setzte das Ziel, zumindest die 50 000 Stimmen hinzuzugewinnen, die die CDU in Rheinland-Pfalz bei der Bundestagswahl 1976 von einem 17. Bundestagsmandat getrennt hätten.

Das Museum und die Kunstförderung

Auf Einladung des Vorsitzenden des Gesprächskreises Kunst und Kulturpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volkmar Köhler fand in Bonn das zweite „Werkstattgespräch“ der CDU statt. Thema war „Das Museum als ästhetische Erziehungsanstalt?“. Neben Köhler diskutierten von CDU-Seite die Bundestagsabgeordneten Anton Pfeifer und Volker Rühle unter anderem mit dem stellvertretenden Direktor des Wallraff-Richartz-Museums, Rainer Budde, dem Direktor des Städtischen Museums Mönchengladbach, Johannes Cladders, dem Direktor der Neuen Galerie Aachen, Wolfgang Becker, dem Direktor des Rheinischen Landesmuseums Bonn, Christoph B. Rüger, und dem Direktor des Städtischen Kunstmuseums Bonn, Dr. Dirk Stemmler.

Im Mittelpunkt der lebhaften Diskussion standen Fragen nach den Aufgabenstellungen des Museums heute und der

Zusammenarbeit zwischen den Kulturausschüssen der Kommunen und den Museumsleitungen, unter besonderer Berücksichtigung der Ankaufspolitik. Die Gesprächspartner betonten übereinstimmend, daß es nicht Aufgabe des Staates sein könne, als Kunstankäufer aufzutreten, sondern vielmehr die Voraussetzung für eine bessere Förderung privater Sammlertätigkeit zu schaffen. Übereinstimmend begrüßt wurde der von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des Einkommensteuergesetzes (Künstlerhilfe). Durch die Erhöhung des Abzugssatzes für Spenden für kulturelle Zwecke sowie die Vermögensteuerbefreiung beim Erwerb von Kunstgegenständen soll ein verstärkter Anreiz zur privaten Sammlertätigkeit gegeben werden.

Die Union hat den stärksten Zuwachs

Die Unionsparteien haben in der Zeit von 1969 bis 1979 den stärksten Mitgliederzuwachs der im Bundestag vertretenen Parteien gehabt. Zur Zeit gehören der CDU mit 682 781 rund 125 Prozent mehr Mitglieder an als vor zehn Jahren. Bei der CSU sind es mit zur Zeit 169 248 genau 58 Prozent mehr. Die SPD verzeichnete als Schlußlicht nur einen Zuwachs von 28,12 v. H. Ihr gehören 998 000 Mitglieder, der FDP 83 000 an.

Grün in drei Kreistage

Die Grünen sind zum erstenmal in Niedersachsen in drei Kreistage eingezogen. Bei Teilkreiswahlen in den Kreisen Wittmund, Ammerland und Friesland errangen sie je zwei Kreistagsmandate. Allerdings konnten die „Grünen“ den Sprung in die Kreisparlamente schaffen, weil es bei den Kommunalwahlen

in Niedersachsen keine Fünfprozenthürde gibt. Die absolute Mehrheit der Mandate erreichte im Kreis Wittmund die CDU mit 50,7 und im Kreis Friesland die SPD mit 51,8 Prozent. Im Kreis Ammerland wurde die CDU mit 45,8 Prozent zwar stärkste Partei, verfügt im Kreistag aber nicht über die absolute Mehrheit. Vergleiche mit der letzten Kommunalwahl vom Herbst 1977 „hinken“, weil damals das Gebiet nur in zwei Kreise aufgeteilt war.

Auch EVP für Olympia-Boycott

Die Europäische Volkspartei hat an die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft appelliert, ihren Nationalen Olympischen Komitees nahezu legen, ihre Mannschaften und Sportler zur Nichtteilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau aufzufordern. Sie bedauert, daß die neun Regierungen der EG im Ministerrat noch keine Entscheidung in dieser Frage getroffen haben. Die EVP erklärte weiter, sie unterstütze die Initiative der EG-Außenminister, mit der Regierung der UdSSR einen diplomatisch-politischen Prozeß einzuleiten, um diese zum Rückzug ihrer Truppen aus Afghanistan zu bewegen. Es müsse dem afghanischen Volk ermöglicht werden, sein eigenes Gesellschafts- und Staatssystem in freier Selbstbestimmung zu wählen.

CDU fragt nach östlicher Atomkraft-Sicherheit

Die Bundesregierung soll Auskunft über den Ausbau der Kernkraft in der DDR und der CSSR und insbesondere über den Stand der Sicherheit der dort eingesetzten Atomkraftwerke sowjetischer Bautyps geben. Entsprechende Anfra-

gen richtete die CDU/CSU-Opposition an die Regierung. Der Vorsitzende des Forschungsausschusses, Albert Probst (CSU), verwies darauf, daß diese sowjetischen Reaktoren weder über einen Sicherheitsbehälter noch über Notkühlsysteme wie westliche Anlagen verfügten. Dieser bemerkenswerte Sachverhalt sei von der Bundesregierung bisher nicht aufgegriffen worden.

Preisausschreiben für Kindertheaterstücke

Zur Ausschreibung eines Preises der Frauenvereinigung der CDU für Kindertheaterstücke mit Aufführungsgarantie erklärte die Vorsitzende der Vereinigung, Helga Wex, Kindertheater solle von der Persönlichkeit des Kindes ausgehen und dürfe nicht als Mittel für ideologische Zwecke gleich welcher Richtung mißbraucht werden. Es solle den Kindern Freude machen, Heiterkeit vermitteln und ihnen in kindgemäßer Form bei der Lösung ihrer Probleme und Bewältigung ihrer Konflikte helfen. Den Kindern seien zwar die Erwachsenenkleider ausgezogen worden, dafür würden ihnen oft Erwachsenenprobleme angezogen.

Interessierte Autoren können die Ausschreibungsunterlagen abrufen bei der Frauenvereinigung der CDU, Konrad-Adenauer-Haus, Friedrich-Ebert-Allee 73—75, 5300 Bonn 1.

Besuch aus Jamaika

Heiner Geißler empfing im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn Edward Seaga, den Vorsitzenden der Jamaican Labour Party und Oppositionsführer in Jamaika. Seaga hielt sich auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn auf. Die Einladung ging auf eine Initiative

des CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Petersen zurück. Die Jamaican Labour Party ist ungeachtet ihres an die britischen Sozialisten erinnernden Namens eine nicht-sozialistische Partei der Mitte. Sie hat 20 Jahre lang die Regierung Jamaikas gestellt und befindet sich seit sieben Jahren in der Opposition.

BAföG klappt nicht

Im vergangenen Jahr sind erneut 70 Mio. DM der für die Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) veranschlagten Haushaltsmittel nicht ausgegeben wor-

Endgültig: Bundestagswahl am 5. Oktober

Bundespräsident Karl Carstens hat den 5. Oktober zum Wahltermin für die diesjährige Bundestagswahl bestimmt. Das teilte das Präsidialamt am 17. März in Bonn mit. Der Bundespräsident entsprach damit der Empfehlung der Bundesregierung.

den. Dazu erklärte der Obmann der CDU/CSU im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft, Volker Rühle, die Bundesregierung müsse sich fragen lassen, wie sie diese bildungspolitisch wie familienpolitisch bedenkliche Entwicklung gegenüber den Studierenden und ihren Eltern rechtfertigen könne. Durch die ständige Umgestaltung der BAföG-Bestimmungen werde Jahr für Jahr verhindert, daß die Berechtigten in den Genuß der bewilligten Mittel gelangen.

■ NATIONAL-STIFTUNG

Beschlüsse von SPD und FDP schaden vor allem Berlin

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat mit den Stimmen von SPD/FDP 16,5 Millionen DM aus den ursprünglich für die Deutsche Nationalstiftung vorgesehenen Haushaltsmitteln freigegeben. Das Projekt Nationalstiftung und die mit ihm verbundenen Zielsetzungen sind dabei vorerst auf der Strecke geblieben, erklärt der Vorsitzende des Arbeitskreises VI der Fraktion, MdB Anton Pfeifer.

In erster Linie ist diese Entscheidung eine Niederlage für Berlin. Auf die herausragende Bedeutung einer Nationalstiftung mit Sitz in Berlin als Symbol für die Einheit der Kulturnation ist seit Jahren hingewiesen worden. Jetzt haben die Bundesregierung und die Koalitionsparteien alle Überlegungen in dieser Richtung mit dem Hinweis auf die Einwände der Alliierten vom Tisch gewischt.

Nachdem die Bundesregierung nun sichtbar zu erkennen gegeben hat, daß sie der Errichtung der Nationalstiftung im Rahmen einer gesamtstaatlichen Kulturförderung nicht mehr die erste Priorität einräumt, sind die Chancen, dieses Projekt in absehbarer Zeit wieder aufzugreifen, nahezu auf den Nullpunkt gesunken. Bundesregierung und Koalition haben damit die Deutsche

Nationalstiftung praktisch zu Grabe getragen.

Dafür steht nun ein Bund-Länder-Streit um die Kompetenzen in der Kulturförderung ins Haus, der absehbar war. Im September vergangenen Jahres hatte der damalige Präsident der Ministerpräsidentenkonferenz Johannes Rau im Namen aller Bundesländer die dringende Bitte an die Bundesregierung gerichtet, die Mittel nicht zu entsperren. Der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Ernst Albrecht, warnte in diesem Zusammenhang vor einem neuen verfassungsrechtlichen Streit zwischen Bund und Ländern.

Es steht auch für die CDU/CSU außer Frage, daß die Projekte, denen die entsperren Mittel nunmehr zufließen werden, in der Tat vorrangige Unterstützung verdienen. Eben diese Projekte wären auch als erste Förderungsmaßnahmen über die Nationalstiftung oder eine institutionelle Zwischenlösung finanziert worden. Die jetzt gefallene Entscheidung kann sich aber eher als ein Pyrrhussieg für die gesamtstaatliche Kulturförderung erweisen.

Aus Berliner Sicht stellt MdB Gerhard Kunze fest:

Die Bundesregierung hat mit Hilfe der Koalitionsfraktionen das Projekt Nationalstiftung vorläufig beerdigt.

Bundesinnenminister Baum und die Koalitionsparteien haben eine Idee, die wie keine andere dazu angelegt war, durch gesamtstaatliche Kulturförderung der Einheit der Nation in besonderer Weise zu dienen, einfach vom Tisch gewischt. Wie auch andere Nationen dies tun, muß es auch und gerade unser ernsthaftes Ziel als geteilte Nation sein und bleiben, unsere Kunst gesamtstaatlich zu fördern und zu würdigen.

■ VERMÖGENSPOLITIK

Ein Begräbnis erster Klasse

Nach dem Alarmbrief zur Finanzsituation hat Bundesfinanzminister Matthöfer jetzt eine Kapitulationsurkunde zur Vermögenspolitik vorgelegt. Damit steht fest, daß die Bundesregierung ihr Versprechen aus der Regierungserklärung nicht einlösen wird, stellt der eigentumspolitische Sprecher der CDU/CSU, MdB Elmar Pieroth, fest.

Eine besonders traurige Figur macht die FDP. Erst hat sie sich von der SPD auf das Glatteis der Tariffonds locken lassen. Jetzt muß sie erleben, daß die Vermögensbildung gänzlich aufs Eis gelegt wird. Es ist bedauerlich, daß die FDP nicht über ihren parteipolitischen Schatten springen konnte und die Gesetzentwürfe der CDU/CSU mit abblockt, die doch in der Sache ganz der Regierungserklärung entsprechen.

Die Begründung, die Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer sei wegen der Afghanistan-Krise nicht finanzierbar, ist eine scheinheilige Ausrede, die nur verdecken soll, daß sich die Koalition in der Sache nicht einigen konnte:

Die schwierige wirtschaftliche Situation, deren Lösung auch nach dem Jahreswirtschaftsbericht mit der Investitionsfinanzierung steht und fällt, erfordert längerfristige Verbesserungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Hierzu gehört die Vermögensbeteiligung, weil sie die Eigenkapitalbildung der Unternehmen erleichtert und das Verteilungsproblem für die Arbeitneh-

mer konstruktiv löst. Haushaltsbelastungen entstehen nicht, wenn die Arbeitnehmerbeteiligung durch Umstrukturierung innerhalb des Gesamtableaus der Sparförderung finanziert wird. Im übrigen ist davon auszugehen, daß sich als Konsequenz der verbesserten Eigenkapitalbildung und damit Wachstumsfähigkeit der Volkswirtschaft die Vermögensbeteiligung selbst finanziert.

Dazu schreibt die Presse:

Nur noch die Form eines würdigen Begräbnisses wird der Gegenstand eines Koalitionsgesprächs zur Vermögenspolitik sein; der Plan selbst ist für diese Legislaturperiode gestorben. Eine Regierungsinitiative zur Erweiterung des staatlichen Förderungsrahmens und zur Verbreiterung der förderungsberechtigten Anlagepalette der tarifvertraglich ausgehandelten Beträge wird es nicht geben. Krokodilstränen sollten auf dieser Beerdigung erst gar nicht fließen.

Süddeutsche Zeitung, 14. 3. 1980

Wie schon in den vorangegangenen Legislaturperioden standen die Koalitionsparteien SPD und FDP vor dem Problem, ihre Zusagen aus Regierungserklärungen einlösen zu wollen. Aber zu einem durchdachten Gesetz zur breiteren Streuung von Vermögen in Arbeitnehmerhand ist es wegen unüberbrückbarer Gegensätze in der Koalition nie gekommen.

Die Welt, 14. 3. 1980

■ SPORTFÖRDERUNG

CDU sollte sich verstärkt um Belange der Vereine kümmern

Mehr als 16 Millionen Mitbürger sind in über 50 000 Sportvereinen organisiert. Rechnet man noch diejenigen dazu, die sich durch „Jogging“, „Trimm-Trab“ oder ähnliches Fitneß-Training täglich bewegen oder diejenigen, die nur am Fernsehen oder am Radio den Sport verfolgen, so ist ungefähr jeder zweite in irgendeiner Form am Sport interessiert.

Für eine bürgernahe Partei wie die CDU ist es selbstverständlich, diese Interessen aufzugreifen und sich mit den aktuellen Problemen des Sports auseinanderzusetzen. Die Union hat dies auf Bundesebene in den vergangenen Jahren immer wieder deutlich gemacht: Sie hat ein detailliertes Bundessportprogramm erarbeitet, einen Leistungssportplan vorgelegt und Rahmen-Richtlinien für die Sportförderung auf kommunaler Ebene herausgegeben. Mit dem Hearing „Kinder im Hochleistungssport“ und dem Sportkongreß 1979 hat die CDU aktuelle sportpolitische Probleme aufgegriffen.

Es darf jedoch nicht allein bei Initiativen der Bundesebene bleiben. Es ist besonders wichtig, daß auch die Kreis- und Ortsverbände sich aktiv um die Belange des Sports kümmern und dies auch dem Bürger deutlich machen.

Die Bundesgeschäftsstelle hat aus diesem Grunde einige Vorschläge für sportpolitische Aktionen als Anregung zusammengestellt:

1. Gespräche mit Sportvereinen

Diese Veranstaltungsform hat sich gut bewährt. Die Parteien haben Gelegenheit, sich bei derartigen Gesprächen über die Sorgen und Probleme der Vereine zu informieren. Sie erfahren „wo die Vereine der Schuh“ drückt. Vereinsgespräche können auf Vorstandsebene — wobei der örtliche Parteivorstand oder der Fraktionsvorstand einlädt — oder im Rahmen einer größeren Konferenz durchgeführt werden. Im letzten Fall sollte die Partei Vereinsmitglieder und Parteimitglieder einladen.

Die hierbei von der CDU gewonnenen Informationen sollten von der örtlichen Fraktion geprüft, in die Beratungen des kommunalen Parlaments eingebracht und im Rahmen des finanziell Machbaren realisiert werden. Sicher kann nicht jeder Punkt sofort erledigt, aber oft jedenfalls in die mittelfristige Planung aufgenommen werden.

Die CDU sollte anschließend die Vereine über ihre erfolgten Initiativen in einem besonderen Brief informieren und die Information nicht nur den Tageszeitungen überlassen.

2. Präsent sein

Es empfiehlt sich für CDU-Politiker, jede Gelegenheit zu nutzen, bei Wettkampf-Veranstaltungen der Sportvereine oder Versammlungen präsent zu sein. Die beste Form der Repräsentation ist es natürlich, wenn CDU-Mitglieder in den Vereinen mitwirken.

3. Information der Sportvereine durch die CDU

Bei der Vielzahl der Richtlinien und dem häufigen personellen Wechsel in den Vereinsvorständen haben viele Vereine nicht den Überblick über die örtlichen Förderungsmöglichkeiten. Die CDU könnte daher in einem Schreiben die Vereine über alle Möglichkeiten öffentlicher Hilfen und Zuschüsse informieren.

In einem Informationsbrief können die Vereine auch über sportliche Aktivitäten der CDU auf Bundes- und Landesebene unterrichtet werden. Der Versand des jeweiligen Landessportprogramms der CDU oder des Bundessportprogramms an alle Vereinsvorstände empfiehlt sich.

4. Service-Leistung

Die CDU kann sich als Partner der Bürger — vor allem der neu hinzugezogenen — dadurch erweisen, daß sie darüber informiert, welche sportlichen Möglichkeiten die einzelnen Vereine der Gemeinde oder Stadt anbieten. Ein Adressenverzeichnis der Vereinsvorsitzenden wäre beizufügen. Eine solche Aktion ist möglichst mit den Vereinen abzustimmen.

5. Öffentliche Informationsveranstaltungen

In Verbindung mit dem Auftritt eines Sportpolitikers oder von prominenten Sportlern können größere öffentliche sportpolitische Veranstaltungen durchgeführt werden. Diese Veranstaltungen bieten einmal die Möglichkeit, Vereinsvorstände und Mitglieder von Sportvereinen über unsere Zielsetzungen — z. B. über die Steuerinitiativen unserer Partei — zu informieren. In diesem Fall werden vorwiegend die Vereine eingeladen.

Zum anderen ist eine Form der öffentlichen Veranstaltung denkbar, die allgemein die Öffentlichkeit durch zugkräftige Themen anspricht. Im Olympiajahr bieten sich für diese zweite Form der öffentlichen Veranstaltung z. B. folgende Themen an: „Mehr Geld — Mehr Rekorde?“, „Grenzen und Gefahren des Leistungssports“ oder „Sport und Politik“.

Die Bundesgeschäftsstelle der CDU hält eine Liste von bekannten Sportlern bereit, die bereit sind, bei derartigen Veranstaltungen als Referenten oder Teilnehmer von Podiumsdiskussionen mitzuwirken.

6. Sonstige sportliche und sportpolitische Veranstaltungen

Während der Sommerpause kann die CDU auch durch unpolitische Maßnahmen ihre Verbundenheit mit dem Sport zeigen. Hier sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt.

Solche Maßnahmen sind z. B.:

— Veranstaltungen sportlicher Wettbewerbe jeder Art

— Gemeinsame sportliche Unternehmungen wie Radtouren, Wanderungen, Spiele etc.

Und ganz aktuell:

Die Empfehlung des Präsidiums der CDU, auf eine Teilnahme des deutschen Sports an der Olympiade in Moskau zu verzichten, falls die Sowjetunion ihre Truppen nicht aus Afghanistan abzieht, hat in einigen Bereichen des Sports Widerspruch ausgelöst. Es ist daher ratsam, kurzfristig Versammlungen einzuberufen und den Präsidiumsbeschluß mit den betroffenen Kreisen zu diskutieren und evtl. auch Unterschriften zu sammeln.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 C
GEBÖHR BEZAHLT

ZITATE

Späth war den Leuten näher

Das Auffälligste ist nicht immer das Wichtigste. Große Aufregung herrscht darüber, daß die Grünen in den Stuttgarter Landtag einziehen. Aber stärker kennzeichnet es die politischen Verhältnisse im Südwesten der Bundesrepublik, daß dort die CDU wieder die absolute Mehrheit bekam. Die CDU war mit Späth der Bevölkerung näher als die SPD mit Eppler.

**Frankfurter Allgemeine Zeitung,
18. 3. 1980**

Das Ergebnis der Grünen ist sicherlich aus mehreren Quellen gespeist worden. Erstens gibt es wohl einen „roten“ Anteil. Zweitens haben sich junge Wähler von den anderen Parteien abgewandt, das zeigt sich zum Beispiel in der Universitätsstadt Tübingen, wo die Grünen fast 14 Prozent erreicht haben. Drittens aber steckt in dem Ergebnis ohne Zwei-

fel auch ein ernstzunehmendes grünes Element, in dem sich Sorge, Angst und Ärger vieler Bürger ausdrücken.

Rheinische Post, 17. 3. 1980

Mit den Grünen muß man nun rechnen. Ob sie auch in Nordrhein-Westfalen zum Zuge kommen, ist offen, weil sie hier arg zerstritten sind und die Wähler an Rhein und Ruhr bislang wenig Sinn für politische Außenseiter zeigten. Aber in anderen Ländern und auch bei der nächsten Bundestagswahl werden die Grünen ein Wörtchen mitzureden haben.

Kölnische Rundschau, 17. 3. 1980

Bei der baden-württembergischen Landtagswahl haben die Grünen, die erstmals bei einer Wahl landesweit kandidierten, einen großen Erfolg errungen, aber Ministerpräsident Lothar Späth und die CDU sind Sieger geblieben. Daß Späth den Wahlsieg seines Vorgängers Filbinger vom Jahr 1976 wiederholen werde, hat niemand erwartet, auch die Union nicht. Zu ungewöhnlich waren die Umstände dieser Filbinger-Wahl gewesen.

Stuttgarter Zeitung, 17. 3. 1980

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. **Vertrieb:** Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,- DM. **Einzelpreis** 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD